Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe einsendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tagblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 38. **Sonnabend** den 7. Februar 1891. 85. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 8. Februar,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Ein hier in Haft befindlicher Handarbeiter ist geständig, im December vorigen Jahres vor Weihnachten von einem Rollwagen am Güterschuppen des Bayerischen Bahnhofes **einen Ballen weißes garnartiges Garn**, etwa 25 Kilo schwer, und in der ersten Woche des Januar dieses Jahres von einem Rollwagen in der Nähe des Schlosses Pleißenburg **einen Ballen bläulichen Futterkattun**, etwa 18 Kilo schwer, gestohlen zu haben.

Diejenigen Personen, denen diese Waaren abhanden gekommen sind, werden ersucht, behufs Auskunftsertheilung sich zu melden.

Leipzig, den 2. Februar 1891.

Der Königliche Staatsanwalt.
Dr. Groß.

Städtische Realschule (Leipzig-Reudnitz).

Die **Aufnahmeprüfung** findet **Mittwoch, den 11. Februar,** von früh 8 Uhr an statt. Die Prüflinge haben Feder und Papier mitzubringen.

Anmeldungen werden noch bis Mitte März angenommen.

Leipzig-Reudnitz, den 6. Februar 1891.

Dr. Th. Gelbe, Dir.

Die Colonialfrage im Reichstage.

Die Rede des Reichskanzlers wird in ganz Deutschland beruhigend und versöhnend wirken, sie giebt ein klares Bild der Verhältnisse in Ostafrika, soweit es sich auf Grund der vorliegenden Berichte gewinnen läßt, und enthält eine unbefangene Prüfung der Sachlage ohne jede Ueberschwänglichkeit und ohne persönliche Voreingenommenheit. Der Reichskanzler findet den Hauptwerth unserer jetzigen Stellung in Ostafrika in der Klärung der Verhältnisse, wie sie durch das Abkommen vom 1. Juli erreicht ist. Das Maß unserer Rechte ist dadurch festgestellt, es sind bestimmte Grenzlinien gezogen, innerhalb deren wir unsere Thätigkeit entfalten können, unser Verhältniß zum Sultanat Zanzibar ist allen Zweifeln entrückt, wir sind Eigenthümer des Küstenstrichs von Tanga bis Mikindani und dadurch unabhängig von den bisher dort bestehenden Hoheitsrechten des Sultans. Der leitende Grundsatz für die Ausdehnung unserer Macht ist, daß wir von der Küste aus nach dem Hinterland vordringen, nicht umgekehrt.

Die Organisation ist in der Weise beabsichtigt, daß Herr von Soden die Verwaltung Deutsch-Ostafrikas mit ausgedehnten Vollmachten und mit voller Verantwortung übernimmt. Bei der Wahl der Persönlichkeit war maßgebend, daß er der bisherigen Entwickelung der Dinge in Ostafrika fernstand, aber in der colonialen Verwaltung bewandert war. Bevor Herr v. Soden sich zur Uebernahme dieser Stellung bereit erklärt hat, wollte er Ostafrika kennen lernen, und er hat dort die Ueberzeugung gewonnen, daß aus der Sache etwas zu machen sei. Ueber Wißmann, Emin Pascha und Dr. Peters sagt der Reichskanzler, daß er sich freuen werde, wenn sie ihre Erfahrungen auch ferner für die Colonisation von Ostafrika verwenden wollen, es sei dort so viel Raum vorhanden, daß ihre Placirung keine Schwierigkeiten mache, nur müßten sie sich bescheiden, in letzter Instanz vom Gouverneur abhängig zu sein. Die Streitsache Wißmann's contra Emin Pascha ist vom Reichskanzler nur in seiner Erwiderung auf die Rede Richter's kurz gestreift worden, der Kanzler ist zu dem Schluß gekommen, daß hier persönliche Differenzen vorliegen, die noch der Aufklärung bedürfen. Das ist auch der Eindruck, welchen die Berichte allgemein gemacht haben, zugleich aber auch die Ueberzeugung, daß diese Differenzen nicht entfernt den ernsten Charakter haben, auf welchen der erste Wißmann'sche Bericht schließen ließ. Emin hat mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln mehr unternommen, als er hoffen konnte durchzuführen.

Die Aussichten für die Zukunft Ostafrikas gestalten sich dadurch für Deutschland so erfreulich wie möglich, es wird eine Centralstelle geschaffen, welche allen Unternehmungen in Deutsch-Ostafrika Ziel und Richtung anweist, und dadurch wird die Planmäßigkeit gewährleistet, ohne welche auf die Dauer nichts Bedeutendes geleistet werden kann. Bisher wurde die Pacificirung des Landes in der Weise betrieben, daß nach allen Seiten, wo Aufstände ausbrachen, Truppen gesandt wurden. Das hatte seine Gefahren, wie die Expedition gegen Machemba und gegen die Wanzoni gezeigt hat, das Gebiet Deutsch-Ostafrikas ist viel zu ausgedehnt, als daß mit den wenigen zu Gebote stehenden Truppen alles Das geleistet werden könnte, was die Führer leisten möchten. Der Thatendrang allein kann nicht über die Unternehmungen entscheiden, sondern es muß auch die Wahrscheinlichkeit des Erfolges erwogen werden. Bisher fehlte es in Ostafrika an einer einheitlichen Leitung, denn ein Truppencommandant konnte nicht zugleich die Gesammtleitung des ganzen weitausgedehnten Gebietes in der Hand haben. Das Reichscommissariat war ein Uebergangsstadium, welches entweder mit dem Uebergang der Colonisirung in Privathände oder mit der Organisation des Colonialgebiets von Reichs wegen enden mußte. Die Aufwendung der bisherigen Mittel durch das Reich, der Vertrag mit England, die Thatsache, daß Privatmittel nicht hinreichen, um die Anfänge entsprechend weiter zu führen und auszunutzen, hatte die Uebernahme der Verwaltung durch das Reich zur nothwendigen Folge. Dadurch kommt Planmäßigkeit in die fernere Entwickelung und diejenige Ruhe und Besonnenheit, ohne welche höhere Zwecke nicht erreicht werden können.

Die Aufgabe Wißmann's bestand ursprünglich darin, die feindlichen Araber zu bekämpfen und zu besiegen, und zu diesem Zwecke waren ihm weitreichende Vollmachten eingeräumt worden, welche die Erfüllung seiner Aufgabe erleichterten. Ob sich daraus würde ein dauerndes Verhältniß entwickeln, hing von Umständen ab, die sich von vornherein nicht übersehen und bestimmen ließen. Nach Lage der Sache konnte Wißmann in dem Kampfe gegen die englischen Interessen nicht neutral bleiben, der Gegensatz zwischen der britischen und der deutschen Gesellschaft in Ostafrika trat bei jeder Gelegenheit hervor, und nachdem ein Abkommen mit der englischen Regierung über die zukünftige Gestaltung Ostafrikas getroffen war, bedurfte es eines Mannes zur Uebernahme der Gesammtleitung, welcher der bisherigen Entwickelung der Dinge fernstand, wie der Reichskanzler treffend bemerkt hat.

Dieselben Erwägungen, welche Wißmann von der Uebernahme des Gouverneurpostens ausschlossen, fanden auch auf Dr. Peters Anwendung, dessen Verdienste um die Erwerbung Deutschostafrikas in erster Linie Berücksichtigung verdienten. Die Nachricht, daß Dr. Peters dem Gouverneur v. Soden als Stellvertreter beigegeben sei, ist durch die Erklärungen des Reichskanzlers nicht bestätigt worden, er nennt ihn nur unter denjenigen Personen, welche besonders geeignet erscheinen, ihre Erfahrungen auch in Zukunft der ostafrikanischen Colonie zu widmen.

Die Anlage von Stationen im Innern, also in Mpwapwa und in Tabora, vielleicht auch in Usonge, ist gewiß von großer Wichtigkeit, und ebenso ist es sehr erfreulich, daß wir am Victoria-Nyanzasee festen Fuß gefaßt haben, aber mit den Grundsätzen, welche der Reichskanzler als maßgebend für die Zukunft bezeichnet hat, lassen sich diese Veranstaltungen nur in losem Zusammenhang bringen. Es ist beschlossen, in das Hinterland nur von der Küste aus vorzudringen, nicht aber umgekehrt, und das würde geschehen, wenn man nach Anlage von Stationen am Nyanzasee das dazwischen liegende Gebiet als für den Karawanenverkehr eröffnet ansehen wollte. Hoffentlich werden die Bestrebungen Emin Paschas, dem deutschen Einfluß die Wege bis zum Nyanzasee zugänglich zu machen, nicht verloren sein, aber die Bestimmung über die zukünftige Ausdehnung des deutschen Einflusses ist vom Gouverneur von Soden abhängig, und dieser wird voraussichtlich nur das festhalten, was er mit den ihm zur Verfügung gestellten Mitteln festhalten kann. Das umgebene Gebiet von der Küste bis zum Nyanzasee kann erst dann für deutsche Zwecke nutzbar gemacht werden, wenn die feindlichen Stämme unterworfen sind, was aber mit großen Schwierigkeiten verbunden ist.

Die bisherige Entwickelung der Verhältnisse in Ostafrika hat gezeigt, daß man sich die Sicherung der Karawanenstraßen nach der Küste viel leichter vorgestellt hat, als sie wirklich ist, und daß dazu die Aufwendung von Mitteln nöthig ist, die vorläufig nicht vorhanden sind. Hier ist der Punct, wo die Privatthätigkeit einzusetzen hat, um den Gegnern der Colonien den Beweis zu liefern, daß ihre Ansichten falsch sind. In Ostafrika ist Raum nicht nur für die Thatkraft von Männern wie Wißmann, Emin Pascha und Dr. Peters, sondern auch für capitalkräftige Freunde der Colonialpolitik. Mögen sie ihren Beutel aufthun.

* * *

* Aus den Aeußerungen der Presse über die Colonialpolitik der Regierung heben wir folgende Ausführung der „Nationalliberalen Correspondenz" hervor:

Die Colonialverhandlungen im Reichstag haben manche werthvolle Aufklärung gebracht. Der Reichskanzler v. Caprivi hat sich uns aufs Neue als einen sehr kühlen, fast skeptischen Colonialpolitiker dargestellt und es hatte ihn auch vorher Niemand als einen überzeugten Colonialschwärmer betrachtet, im Gegentheil, es wäre ihm etwas mehr Wärme in dieser Hinsicht zu wünschen. Indessen sieht er doch fest und entschieden auf dem Standpunct, daß das einmal Errungene festgehalten und das begonnene Werk in ruhiger vorsichtiger Prüfung fortgeführt werden muß, schon der deutschen Ehre und dem deutschen Ansehen zu Liebe. Wenn man von einer Ernüchterung des Colonialenthusiasmus in manchen Kreisen, wo ein solcher geherrscht hat, redet, so sind doch die Freunde einer verständigen, maßvollen und bekennenden Colonialpolitik in Deutschland immer zahlreicher geworden. Das zeigte sich wieder bei den jüngsten Reichstagsverhandlungen. In schroffer Verneinung stehen nur die Deutschfreisinnigen, noch mehr als die Socialdemokraten, bei denen Herr v. Vollmar einige colonialfreundliche Regungen zeigte. Die Deutschfreisinnigen aber stehen insgesammt auf dem Standpunct Bamberger's, der am liebsten Alles, was wir in überseischen Gebieten erwangen, losschlagen möchte und das deutsch-englische Abkommen aus dem Gesichtspunct: „Je weniger Afrika, desto besser", freudig begrüßte. Daß andere Nationen, bei denen die Phantasie gewiß nicht mit dem nüchternsten Verstand durchzugehen pflegt, uns sehr gern unseren ganzen, angeblich völlig werthlosen Besitz abnehmen würden, hört Herrn Bamberger nicht in seinem Urtheil. Außer Deutschfreisinnigen und Socialdemokraten hat sich aber der Reichstag mit großer Mehrheit wieder für eine Fortführung der Colonialpolitik auf den bisher eingehaltenen Bahnen erklärt. Ein abgeschlossenes, für längere Zeit giltiges colonialpolitisches Programm hat die Regierung nicht abgegeben, und man wird ihr das, bei dem Wechsel und Fluß, in dem alle diese Verhältnisse begriffen sind, kaum verdenken können. Herr v. Caprivi sagte, er sei kein Prophet und könne die Entwickelung der Dinge nicht auf lange Zeit vorhersehen. Man wird dagegen nichts einwenden können. Immerhin ist die gegenwärtige colonialpolitische Stellung der Regierung in folgenden Umrissen hervorgetreten. Was das wichtigste unserer Schutzgebiete, Ostafrika, betrifft, so ist keineswegs, wie vielfach angenommen, eine Dreitheilung und verschiedenartige Behandlung beabsichtigt, so daß zwischen einer Kronkolonie an der Küste, einem dahinter liegenden Schutzgebiet der deutschostafrikanischen Gesellschaft und einer noch entfernteren Interessensphäre unterschieden würde, sondern das ganze Gebiet soll als einheitliche Kronkolonie behandelt werden. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß die Zolleinkünfte sehr bald die Verwaltungskosten decken werden. Für das organisatorische Vorschreiten nach dem Innern läßt sich ein fester Plan nicht entwerfen; doch wird die Verwaltung dies als ihre hauptsächlichste Aufgabe betrachten und je nach den Verhältnissen und Möglichkeiten darin fortschreiten. Das eigentliche Schmerzenskind unter unseren Colonien ist Südwestafrika. Die bisher hierfür aufgewandte Summe von 208 800 ℳ sollte in dem neuen Etat um 23 500 ℳ erhöht werden zur Einrichtung einer landwirthschaftlichen Versuchsanstalt und einer Auskunftsstelle für Ansiedler. Die Bodenbeschaffenheit und das Klima dieses Landes eröffnen auch für europäische Ansiedler günstige Aussichten auf erfolgreichen Betrieb von Ackerbau und Vieh-, namentlich Schafzucht. Außerdem ist noch immer eine gewinnbringende bergbauliche Ausnutzung dieses Gebiets eine nicht hinlänglich aufgeklärte Frage. Der Reichskanzler hat mit Entschiedenheit die Gerüchte zurückgewiesen, wonach die Abtretung von Südwestafrika als Compensationsobject ins Auge gefaßt sei, erklärte dabei aber, die Regierung wolle der Bildung einer überwiegend aus Deutschen bestehenden, zum Theil in die Rechte der jetzigen südwestafrikanischen Gesellschaft eintretenden Gesellschaft zum Betrieb von Bergwerksunternehmungen keinen Widerstand entgegenstellen. Bei der augenblicklich dort herrschenden Verworrenheit der Verhältnisse ist die fernere Entwickelung in diesem Gebiet noch weniger als in andern vorherzusehen, und die Regierung will daher nach ihrer eigenen Erklärung in ein weiteres Versuchsjahr eintreten. Die erhöhte Summe für Südwestafrika hat der Reichstag bereits bewilligt, ebenso die Erhöhung der Beihülfe zur Förderung der auf Erschließung Centralafrikas gerichteten wissenschaftlichen Bestrebungen. An der Bewilligung der Mittel für Ostafrika ist nicht zu zweifeln. So wird die Verhandlung abermals mit einem in allen wesentlichen Stücken zustimmenden Votum des Reichstags endigen.

Leipzig, 7. Februar.

* Der Bundesrath hielt am Donnerstag Nachmittag eine Plenarsitzung. Vorher traten die vereinigten Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Justizwesen zu einer Sitzung zusammen.

* Der französische Botschafter in Berlin, Herr Herbette, hat nachfolgendes Schreiben an die Mitglieder des Organisationscomités der Berliner Internationalen Kunstausstellung dieses Jahres gerichtet:

„Berlin, 31. Januar 1891.

Meine Herren!

Ich habe das Schreiben erhalten, das Sie unter dem 22. Januar an mich gerichtet haben und in welchem Sie dem Wunsche Ausdruck leihen, daß sich hervorragende französische Maler und Bildhauer an der im Mai zu eröffnenden Berliner Kunstausstellung betheiligen möchten. Die Regierung der französischen Republik hat mit Dank diese gefällige Mittheilung, die ich mich bereit habe, ihr zu unterbreiten, entgegengenommen, und wenn sie auch nicht in amtlicher Weise bei einem Privatunternehmen sich betheiligen kann, so wird sie doch mit Vergnügen sehen, wenn die französischen Künstler dem an sie ergangenen Ruf Folge leisten. Die Regierung giebt sich dabei gern der Hoffnung hin, daß, ungeachtet des Zusammenfallens der in Paris, München und Moskau in diesem Jahre zu veranstaltenden Ausstellungen, die französischen Künstler es möglich zu machen wissen werden, eine der Berliner Ausstellung würdige Collection von Kunstwerken zur Anschauung zu bringen."

* In Reichstagskreisen gilt der Rücktritt des Majors v. Wißmann von seinem Posten als Reichscommissar für Deutsch-Ostafrika als feststehende Thatsache.

* Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten von Maybach hat durch ein Schreiben vom 23. Januar die Petition vom 13. Januar beantwortet, in welcher 9600 deutsche Frauen aller Stände bezüglich des an manchen Bahnhöfen beobachteten unzüchtigen Treibens um Abhilfe baten. Der Eingang des ministeriellen Schriftstückes hat folgenden Wortlaut: „Die an mich gelangte Petition, betreffend die weibliche Bedienung in den Wartesälen der Bahnhöfe, hat mir Veranlassung gegeben, die königlichen Eisenbahndirectionen zu beauftragen, die betreffenden Verhältnisse einer näheren Prüfung zu unterziehen und, insoweit eine unstatthafte Verwendung weiblichen Dienstpersonals während der Nachtzeit in den Bahnhofswirthschaften noch stattfinden sollte, für alsbaldige Abstellung dieser Einrichtung Sorge zu tragen." Sodann wird den Bittstellerinnen von dem Minister der Weg angegeben, auf welchem sie bei etwaiger fernerer Wahrnehmung derartiger Ungehörigkeite ihre Anträge oder Beschwerden anbringen können.

* Ueber den Stand der Bewegung gegen die Jesuiten in der Pfalz werden folgende Resultate bekannt. Die Zahl der Unterzeichner der Protesteingabe gegen die Wiederzulassung des Ordens ins Deutsche Reich beträgt bisher etwa 50 000. Dazu kommen Kaiserslautern, Ludwigshafen und das Dekanat Pirmasens mit ca. 10 000 Unterschriften, was 60 000 pfälzische Bürger ergiebt, welche gegen Wiedereinführung des Jesuitenordens geharnischten Protest erheben.

* * *

* Den Petersburger Redactionen wurde dieser Tage wieder einmal durch ein Rundschreiben der Oberpreßverwaltung das alte Verbot in Erinnerung gebracht, über den Kaiser, die Kaiserin oder überhaupt ein Glied der kaiserlichen Familie auch nicht ein Wort zu drucken, es sei denn, daß dasselbe vorher im amtlichen „Praw. Westnik" gestanden habe. Man will diese Erneuerung der alten Vorschrift mit der Erkrankung des zweiten Sohnes des Kaisers, des jungen Großfürsten Georg, in Verbindung bringen, die bisher durch den officiellen Telegraphen nur als ein leichtes Fieber bezeichnet wurde. In Wirklichkeit ist man seinetwegen in rechter Sorge und sieht gespannt dem Ergebniß der Untersuchung des Kranken durch den Professor Ausschewski entgegen, der den Kranken in Athen erwartet. Es ist bekannt, daß die beiden Brüder, der Thronfolger und der Großfürst Georg, sehr an einander hängen, und es hieß anfänglich, der Thronfolger habe den kranken Bruder persönlich nach Athen zurückgeleiten wollen. Genaue Einzelheiten über den Unfall selbst sind noch nicht in die Oeffentlichkeit gedrungen; man weiß nur, daß der junge Kaiersohn bei einem dienstlichen Manöver aus der Takelage des Schiffes „Pamjat Asowa auf das Deck niederstürzte und sich dabei eine Rückenverletzung zuzog.

* Die dänische Erste Kammer behandelt zur Zeit einen Gesetzentwurf über die Einführung des metrischen Maß- und Gewichtssystems, durch dessen Annahme die Reihe der Staaten, die sich dieses Weltsystems bedienen, um ein Glied vermehrt wird. Daß selbst dieses zeitgemäße Gesetz Gegner findet, kann Keinen wundern, da es immer Leute giebt, die mit starrer Trägheit am Alten haften; aber es ist schwer zu verstehen, daß ein Abgeordneter, Anwalt des höchsten Gerichtes, aus übertriebener Sorgfalt für seine Muttersprache die scharf bezeichnenden, klar vervielfältigenden und theilenden griechisch-lateinischen Ausdrücke durch nichtssagende dänische ersetzen will. So soll z. B. Seil für Dekameter, Kette für Hektometer, Finger für Decimeter, Glas für Deciliter, Fingerhut für Centiliter gesetzt werden. Nagel soll Centimeter, Haar soll Millimeter, Gran soll Gramm ersetzen u. s. w. Während die griechisch-lateinischen Bezeichnungen dem Denkenden durch den Buchstaben angeben, was gemeint ist, geben obige Ausdrücke im Dänischen ihm keinen klaren Anhalt für ein richtiges Verständniß und werden damit eine Quelle von Irrthümern. Der Ausschuß hat denn auch diese neuesten Spracherzeugnisse verworfen und dasselbe wird die Kammer thun.

* Die Bevölkerung Dänemarks beträgt nach der im vorigen Jahre abgehaltenen Zählung 2 185 159 Seelen — 1 066 447 Männer und 1 118 712 Weiber. — Die jährliche Volkszunahme hat in dem letzten Jahrzehnt 0,99 Procent betragen. Kopenhagen sammt Vorstädten hat 375 251 Einwohner.

* Gerüchtweise verlautet aus Stockholm, es fänden gegenwärtig im nördlichen Finnland bedeutende Ansammlungen russischer Truppen statt. Das „Aftonbladet" schreibt hierüber, es sei ganz schön, wenn man sich damit tröste, daß die russischen Rüstungen nichts Anderes bezwecken, als eine „Beruhigung der Stimmung in unserem früheren Bruderlande". Dieser Trostgrund sei indeß nur einleuchtend, wenn neue russische Truppen an Orte geschickt würden, wo es wirklich etwas „zu beruhigen" gebe. Das sei jedoch keineswegs der Fall, dort droben bei Tornes vermochten einige wenige Sotnien Kosaken die erforderliche „Ruhe" herzustellen, dazu bedürfte es nicht der Entsendung von 16 Bataillonen Infanterie mit 40 Geschützen. Obwohl noch keine glaubwürdige Bestätigung des Gerüchts vorliegt, so meint das Blatt doch, daß durch eine etwaige derartige Truppenverschiebung ein Zustand geschaffen werden könne, der nicht als bedeutungslos zu betrachten sei. Das Blatt fordert in Folge dessen die Regierung auf, diejenigen Veranstaltungen zu treffen, die zum Schutz Schwedens nothwendig sind.

* Ein Irade sanctionirt das zwischen der Pforte und der Commission des Patriarchats vereinbarte Abkommen zur Regelung der Patriarchatsfrage. Gleichzeitig sind auch die an die Gouverneure zu erlassenden Instructionen vom Sultan genehmigt worden. Der Patriarchatsrath hat von dem den Patriarchen von Phanar betreffenden ministeriellen Teskere Kenntniß genommen und eine Commission gewählt, um den Patriarchen in Phanar wieder einzuführen.

* Zu der Militair-Revolte in Brüssel berichtet die „Independance Belge", in den 40 eingekerkerten Grenadieren seien nur die Haupträdelsführer der Widersetzlichkeit bestraft. Die ganze Caserne habe den Gehorsam verweigert. Die Officiere seien gröblich beschimpft worden. Die Militairbehörden wurden davon benachrichtigt, daß die Grenadiere die Caserne in Brand zu stecken beabsichtigten. Die Untersuchung gegen 10 Soldaten und 1 Corporal wegen Betheiligung an der Kundgebung vom Sonntag ist eingeleitet. 5 Soldaten fehlten beim Appell. Mit äußerster Strenge soll jeder Ungehorsam bestraft werden. Von anderer Seite wird berichtet, nur das Brüsseler Garde-Grenadier-Regiment habe an der Emeute theilgenommen; da aber die Gefahr vorliege, daß die ganze Brüsseler Garnison sich anschließen könnte, so sei der Ministerrath in Permanenz zusammengetreten, um die nöthigen Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Die Lage des Ministeriums wird durch den am Sonntag stattgefundenen Putsch natürlich immer schwieriger; Depeschen, welche den Putsch behandeln, werden nicht mehr befördert. Eine große Anzahl Soldaten, welche der Theilnahme an der Meuterei noch überführt worden, aber nicht sprechen wollte, wurde in Arrest gebracht. Drei von denselben zündeten im Arrestlocal ihre Betten an und wurden alsdann in das Civilarrestlocal Saint Gilles abgeführt. In der Provinz nimmt die Bewegung ebenfalls zu.

* Der Inspector für die politische Polizei Boldet in Genf übermittelte dem schweizerischen Bundesrath einen ausführlichen Bericht über den Anarchisten-Congreß in Lugano. Aus demselben ergiebt sich, daß die italienischen Anarchisten für den 1. Mai eine große Manifestation organisiren werden.

* Der König von Italien traf bisher noch keinerlei Entscheidung in Betreff der Lösung der Krisis. Am Mittwoch Abend conferirte er mit dem Generalstabschef Generallieutenant Cosenz über die möglichen militairischen Ersparungen. Die Meinungen der Journale über die Bildung des neuen Cabinets theilen sich zwischen einer Combination Rudini-Saracco-Nicotera und einer Combination Zanardelli-Brin-Giolitti. Der „Osservatore Romano" kündigt an, ein Cabinet Rudini-Saracco werde sich der Kammer mit einem Programm vorstellen, welches Ersparungen im Kriegsbudget und die Rückkehr zum Einzelwahl-System enthalten würde.

* Nach den jetzt bekannten Resultaten der spanischen Wahlen sind gewählt: 289 Conservative, 12 Reformisten, 8 liberale Dissidenten, 7 Carlisten, 5 Unabhängige, 2 republikanische Autonomisten von den Antillen, 25 Republikaner in Spanien, 89 Liberale in Spanien und 6 Liberale auf Cuba.

* Der japanische Minister des Auswärtigen, Vicomte Aoki Schuzo, hat sich in dem neuen Parlament seines Landes in bemerkenswerther Weise über die vielerörterte Frage einer Revision der Handelsverträge und über die auswärtige Politik Japans überhaupt ausgesprochen. Einem Berichte über diese Rede entnehmen wir das Folgende:

Der Minister behandelte die Vertragsrevisionsfrage geschichtlich und berichtet, wie die ersten Verträge mit den auswärtigen Mächten zu Stande gekommen wären. Desgleichen führte er aus, wie der „unholde" Zolltarif von 1866 der damaligen Regierung aufgezwungen wurde. Die Clausel der meistbegünstigten Nation, welche sich in den später von Japan mit den Westmächten abgeschlossenen Verträgen befindet, sei ein Hinderniß für die legislative und commerzielle Autonomie Japans. Seit 1872 seien verschiedene Male Versuche gemacht worden, Verträge auf neuer Grundlage abzuschließen, so im Jahre 1871, als eine Sondermission nach Europa abgeschickt wurde, ferner 1875 und 1878, als ein Sondervertrag mit den Vereinigten Staaten unterzeichnet wurde, und 1880, 1882, 1886 und 1888. Der Minister hob hervor, daß alle diese Verträge keine dauernden seien und die Regierung sich seit 20 Jahren bemüht habe, die Verträge zu revidiren. Zugleich sei es aber ein Irrthum, anzunehmen, daß das japanische äußere Amt sich mit nichts Anderem zu beschäftigen habe, als mit den Vertragsrevisionen. Nicht vor den Thoren Japans wohne eine Nation von 250 000 000 Seelen, welche bereit sei, Waaren und Producte mit Japan auszutauschen. Die Chinesen seien die natürlichen Alliirten Japans in Handel und Industrie. Dem Lande eröffne sich ein weites Feld der Thätigkeit und nationalen Entwickelung, welches nach Revision der Verträge noch umfangreicher werden würde. Die Tarifreform könne übrigens nicht von der Justizreform getrennt werden. Beide müßten zusammen geordnet werden. Er, der Minister, hoffe in den Gesetzentwürfen des Grafen Okuma solche Aenderungen vorzunehmen, daß sie die öffentliche Zustimmung finden würden. Die Zeit der Revision der Verträge müsse kommen. Die gegenwärtigen seien unvereinbar mit der Freiheit und der Unabhängigkeit Japans und verstießen gegen die Verfassung. Die Regierung habe bereits Verhandlungen mit den auswärtigen Mächten eröffnet. Einzelheiten darüber mitzutheilen, sei er, der Minister, nicht in der Lage.

* Die japanische Gesandtschaft in London dementirt die Nachricht, daß ein jüngst verstorbener Deutscher, Friedrich Stein, mit einer Schwester des Mikado verheirathet gewesen sei. Kein Mitglied der kaiserlichen Familie Japans sei jemals mit einem Ausländer hohen oder niederen Ranges eine Verbindung eingegangen.

* Wie aus Paris gemeldet wird, erklärte der argentinische General Mitre, daß er die ihm angetragene Präsidentschafts-Candidatur annehme. Er werde am 25. März in Buenos-Ayres eintreffen. Die decretirte Bankenfusion betrachte er als einen zeitweiligen, verwerflichen Nothbehelf und erachte die finanzielle Zukunft Argentiniens für günstig.

SLUB
Wir führen Wissen.